

WPS Bundesverband Familienzentren

Frist: 15.08.2019, Formatvorgaben: keine

I. Qualität in der frühkindlichen Bildung

Frage 1 Welche Bedeutung haben Familienzentren aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Brandenburg? Welche Ansprüche stellen Sie an die Qualität frühkindlicher Bildung? Welche Rolle kommt Ihrer Ansicht nach dabei den Familienzentren zu?

Antwort: Die ersten Lebensjahre entscheiden besonders stark über die Entwicklung eines Menschen. Deswegen brauchen wir gute Kitas und müssen sie entsprechend ausstatten. In der Relation von Personal zu Kindern liegt Brandenburg trotz leichter Verbesserungen regelmäßig auf den hinteren Rängen. Wir wollen sowohl die Qualität in den Kitas weiterentwickeln als auch die gerade begonnene Einführung der Beitragsfreiheit fortsetzen. Kitas wollen wir zu Eltern-Kind-Zentren oder Mehrgenerationenhäusern weiterentwickeln. Insofern kommt Familienzentren unserer Ansicht nach eine hohe Bedeutung zu.

Frage 2 Welche Angebote frühkindlicher Bildung, Erziehung und Betreuung sichern Ihrer Meinung nach die Chancengerechtigkeit beim Aufwachsen?

Antwort: Jedes Kind verdient die Chance auf eine optimale individuelle Entwicklung und gesund aufzuwachsen. Deswegen wollen wir die Angebote der frühkindlichen Kindertagesbetreuung weiter qualifizieren (siehe hierzu die Antworten auf die folgenden Fragen). Wir wollen in Kitas flächendeckend gezielte Sprachförderung, Musik und Bewegungsangebote anbieten und gutes Essen, ohne dass Eltern dafür draufzahlen müssen. Das Programm „Kiez-Kita“ wollen wir weiter verbessern. Das Angebot von derzeit 100 Kitas, die aufgrund ihres Sozialindex jetzt im Rahmen des Programms „Kiez-Kita“ eine halbe bis ganze Stelle zusätzlich beantragen können, wollen wir ausweiten.

Für uns gehört die Kindertagespflege ebenso zur Säule der Kinderbetreuung wie die Kindertagesstätte. Auch hier muss gelten: Gute Qualität der Arbeit, gute Ausbildung, gute Bezahlung, die über den Mindestlohn hinausgeht, und eine regelmäßige Evaluierung.

Damit sich Kinder optimal entwickeln können, brauchen sie die Unterstützung verschiedener Berufsgruppen. Hierzu wollen wir in den Kitas multiprofessionelle Teams einsetzen. Neben Erzieher*innen gehört hierzu auch Personal aus den Bereichen der Sozialarbeit, Psychologie und Gesundheit. Für die Kinder und Eltern benachteiligter Familien wollen wir niedrigschwellige Beratungs-, Bildungs- und Therapieprogramme anbieten.

Bei den Schuleingangsuntersuchungen zeigt sich, dass Kinder aus Familien mit

niedrigem Sozialstatus häufiger eine Sprach- und Sprechstörung haben oder übergewichtig sind. Deshalb wollen wir den öffentlichen Gesundheitsdienst mit pädiatrischen Angeboten stärken und Kinder von Anfang an gezielt fördern, indem wir das Kindeswohl und den Kinderschutz sichern. Die „Frühen Hilfen“ und die Netzwerke „Gesunde Kinder“ möchten wir ausbauen und professionalisieren. Sie eröffnen Eltern Ressourcen, um ihre Kinder beim Aufwachsen gut zu unterstützen und zu begleiten.

Die Kinder, die mehr Unterstützung brauchen, zum Beispiel in Form von Sprach- und Bewegungsförderung oder Angeboten der Logo-, Ergo- oder Physiotherapie sollen diese schnell und unkompliziert erhalten.

Frage 3 Was planen Sie in der kommenden Legislaturperiode, um nach dem quantitativen Ausbau nun auch den qualitativen Ausbau im U3-Bereich zu verbessern? Was hat BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Brandenburg in der vergangenen Legislaturperiode bereits umgesetzt?

Antwort: Wir wollen die Gruppengrößen über die Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation verbessern (siehe Antwort auf Frage 4). Dazu haben wir in auslaufenden Legislaturperiode zahlreiche parlamentarische Anträge gestartet, die von der Koalition regelmäßig abgelehnt wurden.

Das auf unsere Initiative hin beschlossene landesweite Kita-Qualitätsmonitoring soll künftig alle Kitas bei der Weiterentwicklung der pädagogischen Qualität beraten können. Auf Basis der Ergebnisse dieses Monitorings wollen wir daraus resultierende Maßnahmen und Angebote (z. B. Träger-, Leitungs- und Fachkräftequalifizierungen, Praxisberatung) zur Verbesserung der Struktur-, Orientierungs- und Prozessqualität ermöglichen und finanziell absichern. Darüber hinaus wollen wir bestehende Fachberatungsstrukturen sichern und ausbauen.

Frage 4 Welche Fachkraft-Kind-Relation streben Sie im U3- und Ü3-Bereich in Brandenburg an, um Bildungsqualität und die Chancengerechtigkeit im frühkindlichen Bereich zu sichern?

Antwort: Im Rahmen eines Stufenplans wollen wir die Gruppengrößen senken und die Zahl der Kinder, die eine Fachkraft betreut, möglichst schnell auf die wissenschaftlich empfohlene Relation von 1:3 für unter Dreijährige und 1:7,5 für Drei- bis Sechsjährige verbessern.

Frage 5 Wie stellt sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die weitere Förderung von Familienzentren vor? Wie soll der Aufbau von Familienzentren (nach der obenstehenden Definition) in Brandenburg von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützt und gefördert werden?

Antwort: Als Einstieg in Eltern-Kind-Zentren an Kitas soll das Land Modellprojekte vor allem in berlinfernen Regionen fördern. Inwieweit ein weiterer Ausbau im Rahmen der kommenden Legislaturperiode möglich sein wird, hängt von den Möglichkeiten

des Landeshaushalts und der kommunalen Haushalte im Rahmen eines Gesamtkonzeptes zur Verbesserung der frühkindlichen Bildung ab.

Frage 6 Wie möchte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der kommenden Legislaturperiode die Inklusion bzw. Integration im frühkindlichen Bereich - auch vor dem Hintergrund der Zuwanderung - weiter vorantreiben? Der Bundesverband für Familienzentren e.V. hält vor allem den Early Excellence Ansatz geeignet, um Inklusion gelingend umzusetzen.

Antwort: Auch Bündnis 90/Die Grünen halten den Early Excellence Ansatz für geeignet, um Inklusion zu verwirklichen. Wir wollen Fragen zu Inklusion und Integration als Auftrag der frühkindlichen Bildung in einem reformierten Kita-Gesetz neu regeln. Dabei wollen wir auch das sonderpädagogische Fortbildungsangebot für Erzieher*innen ausbauen.

II. Strukturelle und finanzielle Rahmenbedingungen

Frage 1 Möchte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Einrichtungen, die ein umfassendes und ganzheitliches Angebot für Familien anbieten, zusätzlich fördern?

a) Wenn ja, welche personellen oder finanziellen Ressourcen würden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Landesebene hierfür zur Verfügung stellen?

Antwort: Kitas wollen wir zu Eltern-Kind-Zentren oder Mehrgenerationenhäusern weiterentwickeln. Hier können niedrigschwellige Angebote wie Schwangerschaftsberatung, Eltern-Kind-Kurse, Vermittlung von unterstützenden Patenschaften oder Senior*innenkreise stattfinden. Das Land soll hier Modellprojekte vor allem in berlinfernen Regionen fördern. Eine Verstetigung der bestehenden Mehrgenerationenhäuser über die Bundesförderung hinaus streben wir an.

Des Weiteren unterstützen wir das Modellprojekt Schulgesundheitsfachkräfte, bei dem Pflegefachkräfte aktiv Gesundheitsbildung an Schulen leisten, Präventionsangebote machen und Lehrer*innen bei der Betreuung erkrankter Schüler*innen unterstützen. Wir wollen prüfen, ob die Schulgesundheitsfachkräfte aus der Form des Modellprojekts in eine dauerhafte Förderung überführt werden können.

Wir werden uns im Rahmen der Haushaltsverhandlungen darum bemühen, entsprechende Angebote finanziell und personell bedarfsgerecht auszustatten. Die Nennung konkreter Zahlen erscheint uns zum derzeitigen Zeitpunkt nicht seriös.

b) Wenn nein, wie möchten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Familienfreundlichkeit in Brandenburg fördern?

Antwort: Entfällt

Frage 2 Bedarfsgerechte Vernetzung mit dem Sozialraum und ein an die Bedürfnisse der Eltern angepasstes Angebot bedürfen einer fachlichen

Koordination und Steuerung. Inwiefern sieht BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diese Koordinationsaufgabe bei einer Kindertageseinrichtung / einem Familienzentrum? Wird bei einer Regierungsbeteiligung diesen Koordinierungsaufwand bei der Landesförderung strukturell oder finanziell berücksichtigen?

Antwort: Die Sozialraumorientierung wollen wir ausbauen und möglichst über die Kinder- und Jugendhilfe hinaus weitere Einrichtungen, z.B. Schulen, stärker in die Gestaltung eines kinder- und familienfreundlichen Umfelds einbeziehen.

Schon seit der letzten Legislaturperiode haben wir uns beständig für den Ausbau der Freistellung von Kitaleitungen für Leitungsaufgaben eingesetzt. Jede Verbesserung bis zum Erreichen eines einrichtungsgrößenunabhängigen Leitungssockels von 20 Stunden ist ein Schritt in die richtige Richtung. Als langfristiges Ziel wäre eine Verdoppelung der durch §5 KitaPersV gewährten Leitungsfreistellung begrüßenswert. Als erster Schritt wäre die Erhöhung der Stufen um 0,125 VZE angezeigt.

Frage 3 Können nach Einschätzung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Familienzentren einen Beitrag zu Armutsprävention leisten? Welche Maßnahmen sollen aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der nächsten Legislaturperiode ergriffen werden?

Antwort: Ja. Wir wollen zudem deshalb nicht nur an einem „Runden Tisch“ über Kinderarmut reden, sondern das Problem mit konkreten Maßnahmen wie der „Bildungskarte gegen Kinderarmut“ ernsthaft anpacken. Die Karte soll Kindern, die Anspruch auf das Bildungs- und Teilhabepaket haben, einen freien und unbürokratischen Zugang zu Bildungs-, Kultur-, Sport- und Freizeitangeboten ermöglichen.

III. Vereinbarkeit Familie und Beruf

Frage 1 Wie möchten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Pflege und Beruf in Brandenburg weiter verbessern?

Antwort: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht im Zentrum unserer Politik. Wir setzen uns für familienfreundliche, moderne und flexible Arbeitszeitmodelle, verlängerte Kitaöffnungszeiten, den Ausbau des schulischen Ganztagsbetriebs und mehr zeitliche Selbstbestimmung für Familien ein. Gleichzeitig möchten wir erreichen, dass Frauen und Männer ihren Wunsch nach partnerschaftlicher Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit leben können und Zeit haben, Kinder oder pflegebedürftige Angehörige zu versorgen. Die Situation von Alleinerziehenden nehmen wir besonders in den Blick.

In der Regel sind es noch immer die Frauen, die unentgeltlich die Kinder versorgen, die Hausarbeit leisten und Angehörige pflegen. Das Armutsrisiko von Alleinerziehenden liegt sehr hoch, und Alleinerziehende sind zu über 90 Prozent Frauen. Dabei ist die Armut von Alleinerziehenden meist untrennbar mit der Armut der Kinder verbunden. Die besten Mittel gegen Frauen-, Kinder- und Altersarmut sind eine gut bezahlte familienfreundliche Arbeit oder selbstständige berufliche Existenz

und die gerechte Verteilung der Erziehungs-, Pflege- und Sorgearbeit. Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene für die Eindämmung von prekärer Beschäftigung, für die Schaffung von mehr sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen, für existenzsichernde Mindestlöhne, für eine Kindergrundsicherung und die Verbesserung des Familienlastenausgleichs im Steuer-, Sozial- und Familienrecht ein. Auf Landesebene wollen wir Möglichkeiten zu einer weiterführenden Unterstützung alleinerziehender Frauen prüfen.

Frage 2 Welche Faktoren (Öffnungszeiten, Angebot, Partizipation der Eltern) sind für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN maßgeblich und wie planen Sie diese in der kommenden Legislaturperiode gezielt zu verbessern?

a) Öffnungszeiten von Kindertageseinrichtungen und Betreuungsangebote für Eltern im Schichtdienst:

Antwort: Wir wollen die landesfinanzierten Betreuungszeiten durch die Einführung einer dritten Betreuungsumfangsstufe, über die durch das „Gute-Kita-Gesetz“ ermöglichte Finanzierung hinaus, bedarfsgerecht ausbauen. Besonders alleinerziehende Eltern brauchen oft längere Betreuungszeiten, die auch Schichtdienst möglich machen.

b) Bedarfsgerechte Angebote in oder im Umfeld der Kindertageseinrichtung (One-Stop-Shop-Prinzip):

Antwort: Wie in der Antwort auf Frage II. 1.a) erwähnt, wollen wir Kitas zu Eltern-Kind-Zentren oder Mehrgenerationenhäusern weiterentwickeln, um dort z. B. niedrigschwellige Angebote wie Schwangerschaftsberatung, Eltern-Kind-Kurse, Vermittlung von unterstützenden Patenschaften oder Senior*innenkreise stattfinden zu lassen.

c) Partizipation der Eltern - Eltern als Experten für ihre Kinder anerkennen

Antwort: Wir sind überzeugt: Gute Bildung lässt sich nicht „von oben“ verordnen. Sie kann nur „von unten“ wachsen. Wir setzen auf die Zusammenarbeit aller Beteiligten: Von Eltern, Schulen, Zivilgesellschaft, staatlicher Verwaltung und bis zur regionalen Wirtschaft. In allen Bildungsbereichen wollen wir die Vernetzung der Eltern voranbringen. Deshalb unterstützen wir den weiteren Aufbau von Kita-Beiräten.

d) Zusätzliche Faktoren, die aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN maßgeblich sind:

Antwort: Den öffentlichen Dienst und die landeseigenen Unternehmen wollen wir zu einem Vorbild für gleiche Chancen und Chancengerechtigkeit machen. Insbesondere wollen wir Möglichkeiten zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern und für angehende Lehrer*innen und Jurist*innen ein Teilzeitreferendariat ermöglichen. Wir streben eine Überarbeitung des Landesgleichstellungsgesetzes an und wollen u.a. prüfen, ob Gleichstellungsteams (eine Frau, ein Mann) dazu dienen können, Väter bei der Inanspruchnahme von mehr als zwei Monaten Elternzeit zu unterstützen. Eine paritätische Aufteilung der Familienarbeit beginnt schon bei der paritätischen Aufteilung der Elternzeit.

Frage 3 Welche Maßnahmen planen Sie um Qualität in den Einrichtungen zu sichern und weiter zu entwickeln?

Antwort: Wie schon in Antwort auf die Frage I. 1. erwähnt: Wir wollen das auf unsere Initiative hin beschlossene landesweite Kita-Qualitätsmonitoring ausbauen. Es soll künftig alle Kitas bei der Weiterentwicklung der pädagogischen Qualität beraten können. Auf Basis der Ergebnisse dieses Monitorings wollen wir daraus resultierende Maßnahmen und Angebote (z. B. Träger-, Leitungs- und Fachkräftequalifizierungen, Praxisberatung) zur Verbesserung der Struktur-, Orientierungs- und Prozessqualität ermöglichen und finanziell absichern. Darüber hinaus wollen wir bestehende Fachberatungsstrukturen sichern und ausbauen.

Im Rahmen einer umfassenden Reform des Kitagesetzes sollen auch Grundsätze der Qualität und der Qualitätssicherung festgeschrieben werden.

IV: Gesellschaftliche Teilhabe, Inklusion und Umgang mit Heterogenität in Kinder- und Familienzentren

Frage 1 Welche Rolle haben aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Brandenburg Kinder- und Familienzentren bei der Integration von Asylbewerbern in Städten und Gemeinden?

Antwort: Gerade bei Kindern von Geflüchteten ist die Einbeziehung der Eltern und Familien in der Bildungsarbeit eine große Chance zur Integration. Hierzu könnten Familienzentren über entsprechende Angebote wie z. B. Elterncafés, Eltern-Kind-Gruppen und Beratungsangebote ihren Beitrag leisten.

Frage 2 Welchen Beitrag können aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Familienzentren zu Verbesserung von Bildungschancen für Kinder leisten?

Antwort: Durch die Einbeziehung der Eltern in die frühkindliche Bildungsarbeit können Berührungspunkte von Eltern zu Bildungsinstitutionen abgebaut werden, was auch später im Rahmen des Schulbesuchs zu einem stärkeren Interesse und einer aktiven Beteiligung der Eltern am Bildungsverlauf ihrer Kinder führen könnte.

Frage 3 Welche Ansätze sind aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu beachten um auch über die Arbeit in Familienzentren die gesellschaftliche Teilhabe von Familien zu verbessern?

Antwort: Wir wollen die Sozialraumorientierung ausbauen und möglichst über die Kinder- und Jugendhilfe hinaus weitere Einrichtungen, z.B. Schulen, stärker in die Gestaltung eines kinder- und familienfreundlichen Umfelds einbeziehen. Hierbei könnten Familienzentren eine wichtige Schnittstelle bilden.

Frage 4 Welche Chancen ergeben sich aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus der Inklusion im frühkindlichen Bereich? Und wie werden diese nachhaltig bewahrt?

Antwort: Kinder mit einem besonderen Förderbedarf haben Anspruch auf Aufnahme in Kindertagesstätten, wenn eine diesem Bedarf entsprechende Förderung und Betreuung gewährleistet werden kann. Diese Einschränkung lehnen wir ab, da sie der UN-Behindertenrechtskonvention widerspricht. Wir fordern einen grundsätzlichen Aufnahmeanspruch für alle Kinder und das Recht auf eine inklusive Betreuung und Bildung sowohl in der Kita als auch in der Schule über einen entsprechenden Rechtsanspruch im Schulgesetz.

Frage 5 In England und in Berlin werden Familien, die sich der institutionellen Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern entziehen, von Fachkräften besucht und begleitet. Welche Chancen sieht BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der aufsuchenden Arbeit in den Familien, um Teilhabe und Partizipation von Familien mit besonderen Bedürfnissen oder Familien mit Fluchthintergrund zu sichern?

Antwort: Wir halten das bisherige Informations- und Werbeangebot in Bezug auf die Angebote der Kindertagesbetreuung bzw. die Beratung von Eltern mit Fluchterfahrung oder in Fällen von Schuldistanz ihrer Kinder für ausbaufähig. Familienzentren, der Ausbau der „Frühen Hilfen“ mehr Schulsozialarbeiter*innen könnten hier Bausteine sein. Wir wollen die Schulen stärker als bisher befähigen, auf spezifische Herausforderungen und Problemlagen direkt zu reagieren.

Frage 6 Inwiefern empfiehlt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die im Rahmen ESF-Bundesprogramms Elternchancen II vorgesehene Qualifizierung zur Elternbegleiterin bzw. zum Elternbegleiter in Hessen zu nutzen, um die Integration der Flüchtlingsfamilien vor Ort zu unterstützen?

Antwort: Diese Anregung nehmen wir gerne an und werden sie prüfen.

Frage 7 Wie möchte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN interkulturelle und interreligiöse Kompetenzen von pädagogischen Fachkräften in Kinder- und Familienzentren und in der Familienbildung fördern?

Antwort: Wir wollen die interkulturellen Kompetenzen in der öffentlichen Verwaltung stärken und die Zahl der Migrationssozialarbeiter*innen deutlich aufstocken. Das landesweite Kita-Qualitätsmonitoring soll künftig alle Kitas bei der Weiterentwicklung der pädagogischen Qualität beraten können. Entsprechende bedarfsgerechte Fortbildungsangebote auch zu interkulturellen und interreligiösen Kompetenz wollen wir sicherstellen.

Frage 8 Ab wann gilt aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz (U3) für Flüchtlingskinder? Und ab wann sollte er gelten, um die Bildungschancen der Kinder mit Fluchterfahrung zu fördern?

Antwort: Rein rechtlich betrachtet haben Flüchtlingskinder vom vollendeten ersten Lebensjahr an den gleichen Rechtsanspruch wie alle Kinder, allerdings wird dieser in Brandenburg in der Regel erst nach Verlassen der Erstaufnahmeeinrichtung und Zuweisung einer Kommune gewährt. Vorher gibt es z. B. das Angebot von Eltern-

Kind-Gruppen. Dies kann im Einzelfalls sinnvoll sein. Wir wollen für die Kinder allerdings so früh wie möglich den vollen Rechtsanspruch für einen Betreuungsplatz einlösen, denn wir sehen im Rahmen der frühkindlichen Bildung eine große Chance der Integration.

Frage 9 Welche weiteren Maßnahmen plant BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der kommenden Legislaturperiode, um die Integration von Flüchtlingsfamilien vor Ort zu fördern?

Antwort: Der Besuch von Kitas und Schulen ist der Schlüssel zum Erfolg der Integration von Kindern und Jugendlichen. Wir wollen Kitas und Schulen stärken, um den Umgang mit Vielfalt und individuelle Förderung zu gewährleisten. Daher setzen wir uns für eine grundsätzliche Verbesserung des Betreuungsschlüssels und die Qualitätssicherung in Kitas ein. Der Schulbesuch geflüchteter Kinder und Jugendlicher muss für jedes Kind gesichert sein. Ihre Verteilung in den Schulen hat sich nach anfänglicher Konzentration etwas verbessert. Auf unseren Druck hin wurden so auch die Freien Schulen mit einbezogen. Die Schulsozialarbeit wollen wir weiter ausbauen. In Brandenburg leben rund 1.300 unbegleitete minderjährige Geflüchtete in jugendhilferechtlicher Zuständigkeit. Das Land erfüllt mit einer Quote von ca. 80 Prozent das Aufnahmesoll nicht. Unsere Landtagsfraktion hat mit Erfolg darauf gedrängt, dass die in Brandenburg ankommenden unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten entsprechend ihrer Bedürfnisse als Jugendliche in speziellen Betreuungseinrichtungen untergebracht und nach einheitlichen „Clearingstandards“ behandelt werden. Wir möchten, dass künftig Maßnahmen, die für allein reisende Kinder- und Jugendliche entwickelt wurden, allen jungen Erwachsenen bis 27 Jahren zur Verfügung stehen.

Migrant*innen sind in Brandenburg nach wie vor in politischen Entscheidungsprozessen deutlich unterrepräsentiert. Daher setzen wir uns dafür ein, die bestehenden politischen Beteiligungsformen wie Beiräte zu stärken und weitere Formen zu prüfen. Außerdem möchten wir die interkulturellen Kompetenzen in der öffentlichen Verwaltung stärken und die Zahl der Migrationssozialarbeiter*innen deutlich aufstocken. Den zahlreichen Willkommensinitiativen im Land gebührt Anerkennung für das großartige ehrenamtliche Engagement. Wir setzen uns dafür ein, dass sie weiter gestärkt und für notwendige Verwaltungsaufgaben durch finanzielle Zuschüsse des Landes entlastet werden.

V. Zuständigkeitsübergreifende Kooperationen

Frage 1 Welche Maßnahmen plant BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Entsühlung der Zuständigkeiten für eine verbesserte Abstimmung der Angebote von Dienstleistern wie Jugendhilfe, Sozialhilfe und dem Gesundheitswesen?

Antwort: Eine tatsächliche Entsühlung der Zuständigkeiten liegt in Bundeszuständigkeit. Auf Landesebene wollen Initiativen ergreifen, die zu einer besseren Kooperation der Zuständigkeiten führen, allerdings immer unter dem

Aspekt der Verbesserung der Versorgungssituation und in Abwägung mit den Aspekten des Datenschutzes.